CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS
Fraktion im Rat der Stadt Grevenbroich

Vorsitzender
Wolfgang Kaiser

Breite Straße 15
41515 Grevenbroich

Telefon (02181) 2282 197
Telefax (02181) 2282 117

fraktion@cdu-grevenbroich.de

Stadt Grevenbroich
Herrn Bürgermeister
Klaus Krützen

Altes Rathaus
41515 Grevenbroich

per eMail an klaus.kruetzen@grevenbroich.de

09.03.2021

Dauerhafter Verzicht auf die Erhöhung des Grundsteuer-B-Hebesatzes

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Krützen,

die CDU-Fraktion bittet Sie, den folgenden Antrag für die nächste Sitzung des Hauptausschusses am 18.03.2021 in die Tagesordnung aufzunehmen.

BE: **Der Rat der Stadt Grevenbroich beauftragt die Verwaltung, im Rahmen ihrer Haushaltsaufstellung dauerhaft auf eine Erhöhung des Grundsteuer-B-Hebesatzes zu verzichten und stattdessen für die zu ändernden Strukturen des Haushalts ein Konzept zu erarbeiten.**

Begründung:

Die Stadt Grevenbroich verfügt über ein strukturelles Haushaltsdefizit!

Bisherige Analysen (z.B. Gemeindeprüfungsanstalt, Rödl und Partner,…) haben immer wieder aufgezeigt, dass die haushalterische Schieflage der Stadt Grevenbroich in einem strukturellen Problem oder auch keineswegs in einer Einnahmen-, sondern in einer Ausgabenproblematik begründet ist. Genau so sieht es auch die CDU-Fraktion.

Eine für dieses Jahr vorgeschlagene Erhöhung des Grundsteuer-B-Hebesatzes um 125 Prozentpunkte sowie die für das Jahr 2023 geplante Erhöhung in der gleichen Größenordnung (in Summe 250 Prozentpunkte auf dann 750!!!) sind entsprechend ungeeignet und werden dem strukturellen Haushaltsdefizit nicht ursächlich entgegenwirken.

-2-

Weist der Planansatz zum Haushalt 2020 noch ein Defizit von rd. 26 Mio. Euro aus, konnte der Ansatz für 2021 mit einem Defizit von rd. 3,5 Mio. Euro nur durch außerordentliche Erträge aus z. Bsp. 30,8 Mio. Euro Gewerbesteuerkompensation des Landes NRW aufgestellt werden. Dabei stehen völlig unabhängig einer Corona-Problematik unter dem Strich ein Gewinn von rd. 14 Mio Euro zu Buche!
Die Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes in 2021 hingegen bewirken einen Ertrag von rd. 3 Mio. Euro im Haushalt und sind im Vergleich den rd. 159 Mio. € nur ein Tropfen auf dem heißen Stein für einen Zeitraum von 2 Jahren. Die Erhöhung verhilft der Stadt Grevenbroich lediglich zu einem geplanten Jahresergebnis in 2024, dem Jahr der Haushaltssicherung, in Höhe von 1,4 Mio. Euro!!!
Das Land NRW weist schon den höchsten mittleren Grundsteuerhebesatz auf, und darin hat Grevenbroich mit den jetzt geplanten 625% und den für 2023 geplanten 750% wiederum einen Hebesatz im obersten Bereich!

Der anstehende Strukturwandel mit allen seinen zu erwartenden Problemen wird damit für den Standort Grevenbroich eine klare Schwächung darstellen! Die CDU-Fraktion, die Betriebe und alle Bürgerinnen und Bürger können nur hoffen, dass nicht auch noch eine Erhöhung der Gewerbesteuer kommen wird.

Mit dieser zusätzlichen Belastung werden nicht nur Unternehmer mit Eigentum, sondern auch Mieter z.B. im Einzelhandel oder der Gastronomie belastet.
Darüber hinaus trifft die Erhöhung des Grundsteuer-B-Hebesatzes auch (junge) Familien, die ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung in Grevenbroich erworben haben, sowie über die Nebenkostenabrechnungen alle Mieterinnen und Mieter. Sie belastet insofern viele Personengruppen, die das Rückgrat unserer Gesellschaft darstellen.
Neben dem o.g. negativen Einfluss auf den Wirtschaftsstandort leidet dadurch bedingt auch die Attraktivität der Stadt Grevenbroich als Wohnstandort.

Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Erhöhungen des Grundsteuer-B-Hebesatzes lösen das strukturelle Haushaltsdefizit der Stadt Grevenbroich nicht, belasten jedoch in schwierigen Zeiten die Unternehmer und Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen. Die CDU-Fraktion fordert die Verwaltung daher auf, dauerhaft auf eine Erhöhung des Grundsteuer-B-Hebesatzes zu verzichten und entsprechende Alternativen zur Lösung des strukturellen Defizits zu erarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Kaiser
Fraktionsvorsitzender